Bekanntmachung

Planfeststellungsverfahren nach §§ 67, 68 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. V. m. §§ 139 bis 145 des Landesverwaltungsgesetzes (LVwG) für das Vorhaben:

Kiesabbau im Grundwasser mit dem Verbleib einer Wasserfläche auf dem Flurstück 9 (teilweise) der Flur 5, Gemarkung Haurup, Gemeinde Handewitt

(Erweiterung des mit Planfeststellungsbeschluss vom 25.03.2003 zugelassenen Abbauvorhabens auf den Flurstücken 24/3, 24/4 (ehemals Flurstück 24), 25, 51, 53 und 54 (teilweise, ehemals Flurstück 8) der Flur 5, Gemarkung Haurup, Gemeinde Handewitt)

Das Vorhaben umfasst insbesondere folgende Maßnahmen:

- Ausbau eines Gewässers im Zuge des Kiesabbaus in den Grundwasserbereich auf dem Flurstück 9 (teilweise) der Flur 5, Gemarkung Haurup, Gemeinde Handewitt. Das Plangebiet umfasst eine Gesamtfläche von rd. 5,5 ha.. Der verbleibende Grundwassersee wird eine Größe von ca. 3,98 ha aufweisen.
- Naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen.

Die Böwadt & Hansen Kies- & Schotterwerke GmbH, Europastraße 1a, 24976 Handewitt, als Träger des Vorhabens hat für das Vorhaben die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach dem WHG beantragt. Zweck der Planfeststellung ist es, alle durch das Vorhaben berührten öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Vorhabenträger und den Behörden sowie den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend zu regeln.

Für das Vorhaben besteht eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 10 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. V. m. Nr. 4.1.1 der Anlage 1 zum Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG). Mit den Antragsunterlagen wurde ein Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) vorgelegt.

Die für das Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde ist der Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg, Flensburger Straße 7, 24837 Schleswig (Fachdienst Umwelt) als Untere Wasserbehörde. Über die Zulässigkeit des Vorhabens würde durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden.

Zunächst wird das Anhörungsverfahren durchgeführt, in dem die für und gegen den Plan sprechenden Gründe deutlich gemacht werden sollen. Das Anhörungsverfahren stellt zugleich die Beteiligung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen nach § 18 Abs. 1 UVPG dar.

Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) sowie die entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen liegen für die Dauer eines Monats zur Einsichtnahme aus, und zwar in der Zeit

vom 12. September 2022 bis 11. Oktober 2022

in der

Gemeindeverwaltung der Gemeinde Handewitt,

Hauptstraße 9,

24983 Handewitt,

im Foyer (direkt vor den Räumlichkeiten der Gemeindekasse) während

folgender Zeiten: montags bis freitags von 08.30 Uhr bis 12.00 Uhr

und donnerstags von 14.30 Uhr bis 18.00 Uhr

und beim

**Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg,
Fachdienst Umwelt,
Zimmer 416,
Flensburger Str. 7,
24837 Schleswig**

während folgender Zeiten:

**Montag, Dienstag und Mittwoch 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr,
Donnerstag 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
Freitag 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr**

**Terminvereinbarung möglich unter der Telefonnummer:
04621/87-232 und 04621/87-395**

Darüber hinaus erfolgt eine Veröffentlichung der oben genannten Unterlagen im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen auf der Internetseite www.uvp-verbund.de.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis

einschließlich 11. November 2022 (1 Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist = Ende der Äußerungs-/Einwendungsfrist) schriftlich oder zur Niederschrift zum **Aktenzeichen 661.5.01.137-61/22** Einwendungen bzw. Äußerungen gegen den Plan bei den genannten Behörden erheben.

Zur Fristwahrung ist maßgeblich der Eingang bei einer der genannten Behörden. Die Äußerungen und Einwendungen sollen möglichst in 2-facher Ausfertigung mit deutlich lesbaren Vor- und Zunamen, Straße, Hausnummer und Wohnort beigebracht werden und den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Bei Sammeleinwendungen (Unterschriftenlisten, vervielfältigter oder gleichlautender Text) bitte ich einen gemeinsamen Vertreter zu benennen.

Mit Ablauf der Einwendungs-/Äußerungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 21 Abs. 4 UVPG, § 140 Abs. 4 Satz 3 LVwG). Die Einwendungs-/Äußerungsfrist gilt auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umweltauswirkungen des Vorhabens beziehen (§ 21 Abs. 5 UVPG). Etwaige Einwendungen oder Stellungnahmen der Vereinigungen nach § 140 Absatz 4 Satz 6 LVwG sind innerhalb der Einwendungs-/Äußerungsfrist vorzubringen.

Nach Ablauf der Einwendungs-/Äußerungsfrist werden die rechtzeitig erhobenen Einwendungen bzw. Äußerungen gegen den Plan und die Stellungnahmen der Behörden zu dem Plan mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie den Personen, die Einwendungen bzw. Äußerungen erhoben haben, erörtert. Der Erörterungstermin wird örtlich bekannt gegeben, der Termin ist nicht öffentlich.

Die Behörden, der Träger des Vorhabens und diejenigen, die Einwendungen bzw. Äußerungen erhoben haben, werden von dem Erörterungstermin benachrichtigt. Sind außer der Benachrichtigung der Behörden und des Trägers des Vorhabens mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese Benachrichtigungen durch amtliche Bekanntmachung ersetzt werden. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Über die Einwendungen bzw. Äußerungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Planfeststellungsbehörde ist der Landrat des

Kreises Schleswig-Flensburg als Untere Wasserbehörde. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) kann durch amtliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn außer an den Träger des Vorhabens mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht im Planfeststellungsverfahren dem Grunde nach zu entscheiden sind, werden nicht im Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

Schleswig, 11. August 2022

Kreis Schleswig-Flensburg
Der Landrat
Untere Wasserbehörde

Im Auftrag

gez. Frennesen
Frennesen